Detailansicht des Registereintrags

Berliner Erklärung - Deutschlandweites Bündnis zur Gleichstellung

Stand vom 22.02.2022 10:57:20 bis 06.01.2023 23:00:17

Die Berliner Erklärung ist ein freier Zusammenschluss von Verbänden, Vereinen und Initiativen, die mit ihren Vertreterinnen und Verbündeten aus sehr unterschiedlichen Berufs- und Tätigkeitsfeldern Frauen in all ihrer Vielfalt repräsentieren, mit dem Ziel, dass die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der deutschen Gesellschaft realisiert wird.

Registernummer:	R000827
Ersteintrag:	22.02.2022
Letzte Änderung:	–
Jährliche Aktualisierung:	–
Tätigkeitskategorie:	Die Berliner Erklärung ist ein freier Zusammenschluss von Verbänden, Vereinen und Initiativen, die mit ihren Vertreterinnen und Verbündeten aus sehr unterschiedlichen Berufs- und Tätigkeitsfeldern Frauen in all ihrer Vielfalt repräsentieren, mit dem Ziel, dass die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der deutschen Gesellschaft realisiert wird.
Kontaktdaten:	Adresse: Berliner Erklärung c/o Monika Schulz-Strelow Kurfürstendamm 61 10707 Berlin Deutschland Telefonnummer: +491723116812 E-Mail-Adressen: sprecherin@berlinererklaerung.de Webseiten:

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/21 bis 12/21
0 Euro

Anzahl der Beschäftigten im Bereich der Interessenvertretung:
0

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Monika Schulz-Strelow**
   Funktion: Sprecherin

   Telefonnummer: +491723116812
   E-Mail-Adressen:
   sprecherin@berlinererklaerung.de

Beschäftigte, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (0)

Zahl der Mitglieder:
45 Mitglieder am 15.02.2022

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (35):
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Menschenrechte; Berufliche Bildung; Hochschulbildung; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Wahlrecht; Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Religion/Weltanschauung; Seniorenpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Opferschutz; Kultur; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Digitalisierung; Internetpolitik; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Integration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Rechtspolitik; Sonstiges im Bereich "Recht"; Rente/Alterssicherung; Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung; Bank- und Finanzwesen; Wettbewerbsrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird selbst betrieben

Beschreibung der Tätigkeit:
Die Berliner Erklärung ist ein freier Zusammenschluss von Verbänden, Vereinen und Initiativen, die mit ihren Vertreterinnen und Verbündeten aus sehr unterschiedlichen Berufs- und Tätigkeitsfeldern Frauen in all ihrer Vielfalt repräsentieren, mit dem Ziel, dass die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der deutschen Gesellschaft realisiert wird.

Denn die Gleichberechtigung von Frauen und Männern - dieser Anspruch des Grundgesetzes - ist immer noch nicht eingelöst. Noch immer versäumt es der Staat, ausreichend auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken. Die digitale Transformation eröffnet Chancen, aber es drohen auch Diskriminierungen. Bereits im Verlauf der Corona-Krise gab es in vielen Bereichen Rückschritte bezüglich gleicher Teilhabe. Frauen sind weniger sichtbar und erfahren die Zunahme von Hass und Gewalt.
Die Forderungen der Berliner Erklärung sind Parität auf allen Ebenen, Gleiche Bezahlung und gleiche Arbeitsbedingungen, Leitprinzip Gleichstellung und ein Leben frei von Gewalt. Diesen Forderungen verleiht die Berliner Erklärung Nachdruck in Gesprächen mit der Bundesregierung und mit Politikerinnen und Politikern aller demokratischen Parteien im Bundestag sowie durch Briefe, Pressmitteilungen und Statements.

Auftraggeberinnen und Auftraggeber (0)

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/21 bis 12/21

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 20.000 Euro erhalten.

Schenkungen Dritter

Geschäftsjahr: 01/21 bis 12/21

Keine Schenkungen über 20.000 Euro erhalten.